

Die Tagung der englischen Arbeiterpartei

Autor(en): **L.B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **17 (1925)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352178>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Pläne begünstigt zu haben, dazu bestimmt, die sozialen Verhältnisse zu ordnen und zu verbessern.

Die Bekämpfung der Arbeitslosenkrise steht hier an erster Stelle. Wir haben die mannigfachen, in dieser Beziehung vorgebrachten Anschauungen zergliedert und die verschiedenen Methoden erläutert: rationelle Regelung der Vergütung von öffentlichen Arbeiten, öffentliche Kontrolle von Bankkrediten, Zusammenarbeit der Zentralbanken verschiedener Länder (einstimmiger Wunsch der Konferenz von Genua), Verwertung der gewerblichen, nationalen und internationalen Ueber-einkommen, der Landwirtschaftsräte, Errichtung und Förderung von internationalen Wirtschaftskörpern im Hinblick auf die Ordnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der verschiedenen Länder usw.

Ein vielfach erörtertes Problem bilden ferner die Handelsbeziehungen der verschiedenen Staaten untereinander. Die allgemeine Wirtschaftskrise und die Umwälzungen auf dem Gebiete der Valuten haben überall starke Strömungen zugunsten des Schutzzollsystems hervorgerufen. Zu den schutzzöllnerischen Tendenzen gesellen sich in Europa noch die Grenzverschiebungen infolge der Friedensverträge. Hierdurch wird die rationelle Produktion und der Absatz der Waren unterbunden. Das bedeutet namentlich für Europa einen starken wirtschaftlichen Rückschlag, der um so bedrohlicher ist, als die europäische Wirtschaft bereits von der Wirtschaft, namentlich der Vereinigten Staaten, weit überflügelt wurde.

Die dritte Bewegung gehört in das Gebiet der Sozialpolitik. Der auf die Spitze getriebene Kampf um die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen zwischen verschiedenen Staaten, schafft ohne Zweifel politische und wirtschaftliche Verhältnisse, die nicht geeignet sind, Massnahmen zugunsten der internationalen Solidarität auf dem Gebiet der Arbeitsprobleme zu fördern. Der Fortschritt der Sozialgesetzgebung wird in vielen Ländern durch den scharfen Konkurrenzkampf und die ständigen Bemühungen zur Herabdrückung der Produktionskosten gehemmt. Auch hierfür ist die Lösung auf dem Gebiete der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu suchen.

Schliesslich ist auch als ein starker Hebel für die Entwicklung im oben ausgeführten Sinne die Wandlung der öffentlichen Meinung zu gunsten des Friedens zu erwähnen. Von vielen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Staaten neue Kriegsgefahren in sich bergen. Es wurde gezeigt, dass die verschiedenen Formen der Abrüstung voneinander abhängen und dass weder eine militärische noch eine moralische Abrüstung möglich sei, solange die Interessengegensätze auf wirtschaftlichem Gebiete zur Steigerung der Rüstungen drängen.



Die Tagung der englischen Arbeiterpartei.

L. B. Es scheint auf den ersten Blick paradox, dass die englische Arbeiterpartei, die sich zum grössten Teil aus den gleichen Gewerkschaften, die auch dem Trades Union Congress angehören, zusammensetzt, an ihrer jährlichen Tagung mit erdrückender Mehrheit den Ausschluss der Kommunisten, die am Gewerkschaftskongress einen so auffälligen Sieg zu verzeichnen glaubten, entschieden hat. Es ist dies aber nur eine Bestätigung der Tatsache, auf die schon bei Anlass des Gewerkschaftskongresses hingewiesen wurde, dass die Bewegung für direkte Aktion unter den Gewerkschaften keineswegs mit Kommunismus identisch ist. Der Kongress, dessen Resolutionen weniger praktische Bedeutung zukommt als denen der Arbeiterpartei, da

diese ihre Theorie im Parlament praktisch vertreten muss, liess sich unter dem Einfluss radikaler Führer ziemlich weitgehend auf die Anregungen der Kommunisten ein. Dies hat die Kommunisten verleitet, an der politischen Konferenz ihren Bogen zu überspannen, und damit die ganze Versammlung zu einer einheitlichen Front geradezu vernichtender Ablehnung zusammenzuschliessen; einer Front, die über gewisse Unzufriedenheiten und eine durchaus vorhandene Linksströmung hinwegtäuschte und der Konferenz einen Schwung gab, der, geschickt ausgenützt durch die politischen Führer, noch ausreichte, den übrigen ziemlich lauen Anträgen der Exekutive eine warme, für Mac Donald persönlich sogar begeisterte Zustimmung zu sichern.

Man muss die Zusammensetzung der englischen Arbeiterpartei kennen, um zu verstehen, wie schwierig es ist, die Kommunisten ganz aus der Partei auszuschliessen. Die Partei ist nicht auf persönliche Mitgliedschaft aufgebaut, sondern setzt sich aus den verschiedensten Parteien, Gesellschaften und andern Organisationen, vor allem aus den Gewerkschaften, zusammen. Auch die lokalen Arbeiterparteien, die sich ähnlich aufgebaut, gehören ihr an; daneben ist seit 1918 mittels der lokalen Parteien persönliche Mitgliedschaft möglich geworden. Voraussetzung für die Zugehörigkeit ist nur, dass die betreffende Organisation sich zu den allgemeinen Grundsätzen der Arbeiterpartei bekennt. So kommt es, dass ihr die verschiedensten Richtungen, von den staatssozialistischen aus intellektuellen Kreisen sich rekrutierenden Fabiern bis zu Gewerkschaften, die schon fast als liberal bezeichnet werden müssen, angehören. Unter Hinweis auf diesen Aufbau verlangt nun die Kommunistische Partei ebenfalls in die Partei aufgenommen zu werden, und versucht seit vier Jahren dieses Ziel zu erreichen. Man hat sie mit der Begründung zurückgewiesen, dass ihre Grundsätze, vornehmlich der des Klassenkampfes im Sinne wirklichen Kampfes und einer schliesslichen Diktatur, die dem Prinzip demokratischer Kontrolle, das die Arbeiterpartei vertrete, direkt zuwiderlaufe, mit den Zielen der Partei unvereinbar seien. Es gelang aber nicht, die Kommunisten vollständig auszuschliessen, da sie als Mitglieder lokaler Arbeiterparteien und als Delegierte und Angehörige der angeschlossenen Gewerkschaften in die Partei einzudringen vermochten. Dem hat nun die Exekutive durch zwei verschiedene Resolutionen abzuwehren versucht: Kein Mitglied der Kommunistischen Partei darf als Mitglied einer lokalen Arbeiterpartei aufgenommen werden oder Mitglied bleiben, wenn es schon aufgenommen wurde. Die Exekutive empfiehlt ferner den angeschlossenen Gewerkschaften, sich an die Auffassung der Konferenz in bezug auf die Kommunisten zu halten und keine Kommunisten als Delegierte an lokale oder nationale Tagungen der Arbeiterpartei zu wählen. Beide Resolutionen wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Schwierigkeit liegt aber bei der zweiten Möglichkeit, und die Kommunisten erklärten denn auch herausfordernd, dass «keine Barriere stark genug sei, die Kommunisten der Arbeiterpartei fernzuhalten, wie nun einmal ihr Aufbau sei; auf dem einen oder andern Wege würden sie hineinkommen.» Die Gewerkschaften können ihre Mitgliedschaft nicht von der politischen Ueberzeugung abhängig machen, da ihr primärer Zweck industriell ist, sie müssen aber auch ihren Mitgliedern die Freiheit lassen, ihre Delegierten auch an politische Konferenzen nach ihrem Gutdünken zu wählen; es wird daher ganz auf die Einstellung der grossen Masse der organisierten Arbeiter ankommen, ob die Empfehlung der Exekutive ausgeführt wird oder nicht. Aber dieser Möglichkeit ist keine allzu grosse

Bedeutung zuzumessen angesichts der Tatsache, dass auch die Linkselemente der Gewerkschaftsbewegung, die in der Diskussion mit ihrer Kritik der politischen Führer nicht zurückhielten und offen aussprachen, dass sie mit Mac Donalds Ablehnung des Sympathiestreiks und mit Snowdens «Milch- und Wasser-Theorie der gewerkschaftlichen Aktion» nicht einverstanden seien, dass auch diese radikalen Elemente sich mit aller Entschiedenheit gegen den Kommunismus erklärten. Es ist auf die übertriebenen, fast möchte man sagen lächerlichen Anträge der Kommunisten zurückzuführen, wenn die kritische Stimmung, die am Gewerkschaftskongress ja deutlich zutage getreten ist, an der politischen Konferenz nicht ausgeprägter in Erscheinung trat. Die Kommunisten machten diesmal, entgegen ihrer geschicktern Taktik am Kongress, positive Vorschläge, die die Konferenz zum Widerspruch geradezu herausforderten und zwangen, mit aller Deutlichkeit ihre wahre Stellungnahme klarzumachen.

Die Kommunisten beantragten unter anderm, dass die Arbeiterführer, welche die Regierung gebildet hatten, sich bei der russischen Regierung wegen der Folgen des «gefälschten» Sinoview-Briefes entschuldigen sollten, eine Zumutung, die die Konferenz ohne jede Diskussion mit schweigender Verachtung zurückwies. Ungern wurde man an diese unerfreuliche Episode erinnert. Trotz aller Unzufriedenheit mit der Arbeiterregierung, die an dieser Sitzung von der persönlichen Huldigung, die man Mac Donald entgegenbrachte, und von dem durch die Kommunisten geweckten Bewusstsein des anti-revolutionären Engländerturns überstimmt wurde, lehnte es die Konferenz ab, sich gegen eine eventuelle zweite Minoritätsregierung zu erklären: Hier dürfte auch schon die Einwirkung einer immer klarer hervortretenden Entwicklung mitspielen: die konservative Regierung hat mit jedem weiteren wirtschaftspolitischen Schritt, den sie getan, neue Unzufriedenheit hervorgerufen, und zwar nicht nur in Arbeiterkreisen. Die aller grossen Tradition zuwiderlaufende Schutzzollpolitik, der sich auch schon industrielle Kreise abgeneigt zeigen, die unglückliche Wirkung der Kohlensubvention, und neuerdings die offizielle Sanktion der «O. M. S.», einer Organisation zur Sicherstellung der nationalen Versorgung, die schon als faschistische, zum mindesten aber und mit Recht als Anti-Streikorganisation hingestellt wird, diese unglücklichen Schritte dürften trotz der «mechanischen Mehrheit» der konservativen Regierung in nicht allzu ferner Zeit zu Neuwahlen führen. Die Arbeiterpartei ist die zweitstärkste Partei des Landes. Man hüte sich, gerade jetzt das Tor zu verschliessen.

Die politischen Führer waren von Anfang an bemüht, für die Einheit der industriellen und der politischen Bewegung zu plädieren und die Spaltung nicht noch zu vertiefen. Man konnte zwar den Dawes-Plan nicht fallen lassen, doch gab man seine Mängel zu. Das Programm, das sich in allgemeinen Ausdrücken für sozialistische Prinzipien und parlamentarische Aktion erklärte, hielt sich in gewohnten Bahnen, wichtiger war auch hier Mac Donalds nachdrücklicher Aufruf zur Zusammenarbeit mit der industriellen Seite. «Nur unsere eigene Uneinigkeit», sagte der Präsident der Konferenz, Cramp, in seiner Eröffnungsrede, «kann uns eines Sieges berauben, der im Bereiche unserer Macht liegt.»



Die russischen Agrarverhältnisse.

Russland ist ein Land der Bauern par excellence. Die Bauern sind grösstenteils Analphabeten und die Wirtschaft befindet sich auf einer mittelalterlichen

Stufe, wo der hölzerne Pflug und die Sichel, das Spinnrad und der Webstuhl immer noch dominieren.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, dass diese dunkle Bauernmasse nur schwer für etwas Neues zu gewinnen ist und dass ihre Armut zum Himmel schreit. Nach der Moskauer «*Ekonomitscheskaja Shisn*» vom 15. April 1925 standen in Russland 110 Millionen Bauern nur 28 Millionen Städtern gegenüber. Aber dieses Fünftel der Gesamtbevölkerung, trotzdem auch der Städter in Russland nicht über einen grossen Reichtum verfügt, war die finanzielle Stütze des Staates. Die Steuern verteilen sich folgendermassen (in Millionen Rubel gerechnet):

	direkte	indirekte	zusammen
Stadt	555	300	855
Land	300	160	460

Die 28 Millionen Städter haben somit rund zwei Drittel aller Staatssteuern aufgebracht, währenddem die 110 Millionen Bauern nur ein Drittel aufbringen konnten.

Das war so vor der Revolution und, wie man aus diesen Ziffern ersieht, ist es auch jetzt noch so. Die Bauern haben das Land der Grossgrundbesitzer meistens unter sich verteilt, haben etwas ihre Lage verbessert, aber die grossen Linien der früheren bäuerlichen Verhältnisse sind dieselben geblieben. Wie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse aussieht, erkennt man deutlich aus der folgenden Zusammenstellung («*Ekon. Shisn*» vom 6. Februar 1925). Es besäßen Dessjatinen (in Prozent) Bauernwirtschaften:

	1911	1924
Ueberhaupt nichts	15,6	0,4
Bis zu einer Dessjatine	4,4	4,9
Von 1 bis 2 Dessjatinen	9,6	14,9
» 2 » 4	19,5	35,5
» 4 » 6	16,5	24,1
» 6 » 8	11,8	12,6
» 8 » 10	7,6	4,5
» 10 » 15	9,3	2,7
Ueber 15	5,7	0,4

Der Bauer, der überhaupt kein Getreide säte, ist nach diesen Angaben so gut wie verschwunden. Zugenommen haben die Kategorien zwischen einer und 6 Dessjatinen (eine Dessjatine gleich rund 3 Hektar), also der untersten Schichten des Bauerntums, die zur Bearbeitung ihrer Scholle selbst jetzt noch keine Pferde haben; bis zu 40 Prozent der russischen Bauern sind jetzt noch pferdelose Landbebauer.

Damit ist gesagt, dass das flache Land in Russland bis jetzt nur eine quantitative Aufbesserung erfahren hat. Besonders gut ersieht man das aus der Tatsache, dass der Landarbeiter, der «*Batrak*», noch nicht verschwunden ist. Am 8. Februar 1925 veröffentlichte die «*Ekon. Shisn*» eine Notiz über eine Untersuchung des Professors A. W. Schestakow. Der Professor wurde dabei von den Sovietbehörden unterstützt und kam zu dem Schluss, dass gegenwärtig rund eine Million Landarbeiter im Land vorhanden seien, darunter viele Frauen. Diese ländlichen Arbeitskräfte rekrutieren sich aus den untern Bauernschichten. Sie werden von den obern beschäftigt. «In der Ukraine und in Sibirien verlieren die Batraki ganz die Beziehungen mit ihrem Bauernhof; in andern Teilen des Landes werden die Beziehungen aufrechterhalten, aber meistens nur schwach... Die Arbeitsverhältnisse und das Leben der Batraki sind in den meisten Fällen überaus schwere.» So schreibt die «*Ekon. Shisn*».

Die Bolschewiki haben versucht, auf einigen Staatsgütern kommunistische Landwirtschaftsbetriebe einzuführen. Aber sie alle erlitten Fiasko. Die Unren-